Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Sanktionen sind keine kluge Politik
2. Ungleichgewicht im Nahostkonflikt: Nur Israel kann handeln
3. Anschlag auf Synagoge in Wuppertal: Gemeinde unter Schock
4. USA: «In der Krimkrise ist das Verhalten der USA zum Bumerang geworden»
5. Konjunktur
6. Freihandel
7. Der freie Markt versagt im Bankensektor
8. Harald Schumann – Der Westen hat Kredit verspielt
9. Argentinien verklagt USA vor Internationalem Gerichtshof
10. Schäuble fällt auf falsche Riester-Bilanz herein
11. Das Acker-Imperium
12. Verbraucher wollen keine Gentechnik
13. Die neuen Hightech-Kriege? Von der Massen- zur Cyberarmee
14. Heile Waffenwelt
15. Erster Weltkrieg: Allgemeine Kriegsbegeisterung ist eine Mär
16. Hände schütteln verboten
17. Europawahl war Mega-Flop
18. zu guter Letzt: NDR Extra 3 zum Ukraine Krieg

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Sanktionen sind keine kluge Politik**
   Die von der Europäischen Union gegenüber Moskau verhängten Sanktionen bringen für den Großteil der europäischen Länder wirtschaftliche Einbußen mit sich. Diese verstärken sich durch Reaktionen der russischen Führung selber das Geschäft mit EU-Ländern deutlich einzuschränken. Russland hat seinerseits auch Strafmaßnahmen auf den Weg gebracht. Gestoppt werden alle Agrarimporte aus den USA und das gesamte aus der EU eingeführte Obst und Gemüse. Russland importierte im vergangenen Jahr rund 40 Prozent aller Lebensmittel. Sie hatten zusammengenommen einen Wert von 43 Mrd. Dollar. Rund 85 Prozent davon stammen aus Ländern, die nicht zur

ehemaligen Sowjetunion gehörten. Die EU führte 2013 landwirtschaftliche Produkte im Wert von 11,8 Mrd. Euro nach Russland ein. Agrarimporte aus den USA machen pro Jahr rund 1,6 Mrd. Dollar aus. Zudem zieht Russland laut dem russischen Regierungschef Medwedew inBetracht, westlichen Fluggesellschaften den Überflug zu Zielen nach und von Asien über Russland zu verbieten. Das würde die Kosten für Flüge und die Flugzeiten signifikant ansteigen lassen. Die Entscheidung darüber sei aber noch nicht getroffen. […]
Wird der bisher eingeschlagene Kurs der Eskalation fortgesetzt, verengen sich die Spielräume für einen Deeskalationspfad. Damit verlässt Europa die Epoche der Entspannungspolitik hin zu einer Konfrontationspolitik. Für die FAZ scheint die neue Epoche schon eröffnet: „Die Europäer müssen sich deshalb grundsätzliche Gedanken über ihr künftiges Verhältnis zu Russland machen – und zwar bevor es an der nächsten Stelle zu brennen beginnt. Was derzeit geschieht, ist keine vorübergehende Klimaverschlechterung. Solange es in Moskau keine grundsätzlichen politischen Veränderungen gibt, wird Streit zwischen Russland und fast dem ganzen Rest Europas eine Konstante bleiben. Dabei braucht es einen langen Atem. Nötig ist ein neuer Doppelbeschluss: Der Westen muss seine wirtschaftliche, politische und militärische Abwehrbereitschaft stärken und auch demonstrieren. (…) Der Westen muss eine Formel finden, die deutlich macht, dass er den Konflikt nicht will, dass er abe r nicht zurückweicht, wenn es um seine Werte geht.“ (FAZ, 4.8.2014) Einem Großteil der Anhänger der Sanktionslogik geht es schon jetzt nicht mehr um Druck, um zu einer Verhandlungslösung zu kommen. Die Konfrontation zielt auf Abgrenzung: Ziel einer Politik der Sanktionen gegenüber Russland soll der Sturz Putins oder eine Isolation Russlands sein. Dies ist gewiss keine kluge Schlussfolgerung aus der Geschichte des 20.Jahrhunderts.
Quelle: Axel Troost, MdB (Die Linke)

2. **Ungleichgewicht im Nahostkonflikt: Nur Israel kann handeln**
Viel wurde in den letzten Wochen über den Gaza Konflikt und die aktuellen Militäroperationen in der Region geschrieben. Während sich die eigentliche Diskussion in den deutschen Medien in den letzten Tagen vor allem mit der Frage von der Trennung zwischen Israelkritik und Antisemitismus befasst hat, bleibt die Analyse der Situation vor Ort relativ vage und das liegt vor allem daran, dass das Kräfteungleichgewicht zwischen den Akteuren in der öffentlichen Betrachtung kaum eine Rolle spielt.
Wenn man die Diskussion, nicht nur der vergangenen Tage und Wochen, verfolgt, könnte man fast den Eindruck bekommen, dass sich in diesem Konflikt zwei annähernd gleich starke Fraktionen gegenüber stehen, die über vergleichbare Handlungsoptionen verfügen. Tatsächlich ist wenig weiter von den Fakten entfernt.

Wer etwa der Hamas den gerne geäußerten Vorwurf macht, „sich hinter Frauen und Kindern zu verstecken“, lässt in der Regel aus gutem Grund die Frage offen, welche realistische Strategie im Widerstand gegen die Besatzung sonst verfolgt werden könnten. Eine offene Feldschlacht zumindest erscheint kaum Erfolg versprechend. […] Dabei muss man sich nichts vormachen: Die Hamas und andere Widerstandsorganisationen sind nicht die Partner, die wir uns im nahen Osten wünschen und Raketenangriffe oder Selbstmordattentate, die auf Zivilisten zielen, sind nichts weiter als Terror. Wer den Palästinensern aber den Verzicht auf jeglichen militärischen Widerstand vorgibt und sie auf diplomatische Mittel verweist, ist ebenfalls unehrlich. Friedliche Palästinenser haben den Westen und die Welt nie interessiert, diese Lektion haben die Menschen in Gaza und der Westbank auf die harte Tour gelernt.
Quelle: Der Spiegelfechter

3. **Anschlag auf Synagoge in Wuppertal: Gemeinde unter Schock**
   “Free Palestine!”, rufen Passanten. Vor der Synagoge riecht es nach Benzin und Öl. Der Gaza-Konflikt schwappt nach Wuppertal. Der Anschlag auf ein jüdisches Gotteshaus verstört nicht nur die dortige Gemeinde.
   Quelle: Süddeutsche Zeitung

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Imponierend das Selbstverständnis des Gemeinderats der jüdischen Kultusgemeinde in Wuppertal, Artour Gourari, von dem sich manch anderes, deutsches Mitglied einer Religionsgemeinschaft eine Scheibe abschneiden könnte: “Ständig werde ich gefragt, wie ich zur Siedlungspolitik Israels stehe. Es ist aber mein Menschenrecht, gar nicht zur Siedlungspolitik zu stehen. Was mich viel mehr interessiert ist die deutsche Gesundheitsreform.”*

4. **USA: «In der Krimkrise ist das Verhalten der USA zum Bumerang geworden»**
   Von Afghanistan über den Irak bis zur Ukraine: Die Aussenpolitik der USA sei nicht durchdacht, sagt Paul Pillar, einst Topanalyst der CIA. Die amerikanische Überzeugung, einzigartig zu sein, sei ein Problem.
   Quelle: TagesAnzeiger
5. **Konjunktur**
   a. **EZB-Chef Draghi: „Der Aufschwung ist schwach, fragil und unstetig“**
      EZB-Chef Mario Draghi warnt vor einem Rückschlag für die Konjunktur im Euroraum. Die Russland-Sanktionen und Gegenmaßnahmen könnten negative Folgen haben. Das größte Risiko seien die Energiepreise.
      Zu den Konjunktursorgen der EZB trägt auch bei, dass Italien als drittgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone wieder in die Rezession gerutscht ist und das

Schwergewicht Frankreich konjunkturell weiter vor sich hindümpelt.
Quelle: Handelsblatt

b. **Die deutsche Wirtschaft stottert schon wieder**
Alle Welt denkt, dass Deutschland zurzeit eine Art Lokomotive für den Rest Europas ist. Davon kann keine Rede mehr sein. Nach den jüngsten Zahlen – nicht nur den Auftragseingängen und den Statistiken zur Industrieproduktion, die am Mittwoch und Donnerstag veröffentlicht wurden – ist der Lokomotive der Strom ausgegangen. Fragt sich, wer sie wieder in Gang bekommt oder ob sie vielleicht sogar von anderen ersetzt werden muss – oder kann.
Quelle: ZEIT Herdentrieb

c. **Die Rezession beginnt in Amerika, nicht in Moskau („Georisiken" sind die neuen „Gewinnmitnahmen")**
Warum kommt denn nur keiner darauf? Die deutsche Industrie hat in den vergangenen Jahren extrem vom Aufschwung in den USA profitiert, auch wenn der mickrig war. In Europa lag dagegen alles darnieder. Und nun brechen die Neuaufträge in der deutschen Industrie weg und vielen Analysten und Institutsökonomen fallen nur geopolitische Risiken ein, die dahinter stecken könnten.
Quelle: WeitwinkelSubjektiv

6. **Freihandel**

a. **Der große Deal – Geheimakte Freihandelsabkommen**
Wir sind mit dem EU-Handelskommissar Karel de Gucht verabredet. Wir wollen mit ihm über TTIP reden, das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Wir haben eine Studie über die Auswirkungen von TTIP auf die Wirtschaft dabei – von de Gucht selbst in Auftrag gegeben. Er ist der Chefunterhändler für das Freihandelsabkommen und behauptet öffentlich, dass das Abkommen 120 Milliarden Euro zusätzliches Wirtschaftswachstum bringen wird. Eine stolze Zahl? Als wir ihn im Interview darauf hinweisen, dass seine Studie gerade mal 0.05% Steigerung der Wirtschaftsleistung pro Jahr durch TTIP errechnet hat, bricht er das Interview erstmal ab. Der Kommissar rechnet nach, dann wird er unwirsch: "Let's not argue with numbers. Ich sage ihnen, wir werden die meisten Handelshemmnisse abschaffen."
Quelle: Monitor ARD Mediathek

b. **Handelsabkommen mit Kanada: Regierung will Bundestag abstimmen lassen**
Die Bundesregierung sieht das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada skeptisch. Sie fordert, dass das Parlament über Ceta abstimmen soll. Der Vertrag gilt als Vorbild für das TTIP-Abkommen mit den USA.

Quelle: SPIEGEL

Dazu: **Den CETA-Hammer aufhalten**
Monsanto und Exxon verklagen europäische Staaten auf Milliardensummen, weil diese Gen-Food oder Fracking verbieten – dieser Albtraum droht uns mit dem TTIP-Abkommen zwischen den USA und der EU. Aber während die Verhandlungen dazu andauern, haben die EU und Kanada ein anderes Investitions- und Handelsabkommen schon ausgehandelt: CETA. Mit ihm kommt TTIP durch die Hintertür. Konzerne müssten nur eine Tochterfirma in Kanada eröffnen – und könnten mit CETA Deutschland vor konzernnahen Schiedsgerichten verklagen, sobald ein Gesetz ihre Gewinne schmälert.
Gestern wurde bekannt: Das Abkommen ist fertig verhandelt. Jetzt soll beim EU-Kanada-Gipfel am 25. September der Startschuss für die Ratifizierung von CETA fallen. Dann entscheiden die EU-Staaten – und viel hängt vom Votum von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel ab.
Laut Süddeutscher Zeitung hatten deutsche Diplomaten betont, dass die Bundesregierung CETA „so, wie es jetzt verhandelt ist“, nicht unterzeichnen könne. Dann ließ Gabriel dies dementieren, alles sei weiter völlig offen. Jetzt wollen wir klar stellen: Wenn er CETA zustimmt, löst er eine ebenso große Protestwelle aus wie gegen TTIP. Wir möchten nicht, dass Konzerne vor privaten Schiedsgerichten über demokratische Gesetze befinden.
Sobald wir 200.000 Unterschriften beisammen haben, wollen wir sie Sigmar Gabriel überreichen.
Quelle: Campact

7. **Der freie Markt versagt im Bankensektor**
Anat Admati, Professorin aus Stanford, fordert im Interview mit «Finanz und Wirtschaft», dass Banken anderen Unternehmen ähnlicher werden und dass Fremdkapital nicht mehr subventioniert wird. Die Eigenkapitalausstattung der Grossbanken sinkt gemessen an der Bilanzsumme seit 150 Jahren, doch noch nie war der Trend so stark wie seit den Achtzigerjahren. Die Banken sind auch zu gross geworden, um sie untergehen zu lassen – too big to fail –, wenn ein Zusammenbruch droht. Denn dieser käme die Volkswirtschaft und die Steuerzahler noch teurer zu stehen als die Rettung selbst. Aus dieser Zwangslage sind die Steuerzahler noch immer nicht befreit, denn viele Megabanken sind in der Finanzkrise noch grösser geworden. Anat Admati, die weltbekannte Bankenkritikerin aus Stanford, fordert, dass Bürger und Staaten diesen Zustand nicht einfach als gottgegeben hinnehmen, sondern ihn ändern. Die auch in der Schweiz als Reaktion auf die Finanzkrise eingeführten

Zwangswandler Coco (Contingent Convertibles) sind für sie kein Ersatz für Eigenkapital.
Quelle: FuW

Anmerkung Orlando Pascheit: *Das Interview mag manchen in einigen Punkten zu finanztechnisch daher kommen, dennoch sollte der Leser durchhalten. Anat Admati hat sich intensivst mit der Rolle der Banken in der Finanzkrise befasst und mit Martin Hellwig ein zentrales, lesenswertes Buch geschrieben: "Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss." Die NachDenkSeiten haben schon früh darauf hingewiesen. Im Interview tritt sie z.B. vehement der gängigen Behauptung der Banken entgegen, dass sie weniger Kredit vergeben könnten, wenn sie mehr Eigenkapital aufnehmen müssten:*
"Das ist Unsinn. Die Finanzierung durch Eigenkapital beeinträchtigt die Kreditvergabe nicht. Und Unternehmen, die weniger verschuldet sind, treffen in der Regel bessere Investitionsentscheide. … Paul Volcker sagte dazu 2010 einem US-Senator: Wann immer man vorschlägt, etwas an den Banken zu ändern, werden sie immer dagegen einwenden, dass dann die Kreditvergabe und das Wachstum leiden. Und er fügte hinzu: Das ist alles Quatsch. Ich sage dazu: Wenn man sich die Bilanzen der Grossbanken anschaut, dann ist die Kreditvergabe ein kleiner Teil dessen, was sie tun. Bei J. P. Morgan ist die Kreditvergabe nicht einmal so gross wie die Kundeneinlagen. Warum also sollten ihre Kredite leiden, wenn sie ihr Eigenkapital erhöhen müssen? Sie haben genug Geld, das sie ausleihen könnten. Sie wollen aber lieber anderes tun. Die Vorstellung, dass sie davon abgehalten werden, Kredite zu vergeben, wenn man mehr Eigenkapital von ihnen verlangt, ist lächerlich. Ihre Versessenheit, Dividenden zu zahlen, zeigt das sehr deutlich: Sie sagen zwar, dass sie zu wenig Kredite vergeben können, schütten aber gleichzeitig Geld aus, das sie für Kredite verwenden könnten. … Weil die Banken es oft vorziehen, ihr Geld anders zu investieren. Kredite bringen ihnen womöglich nicht 30% RoE, sie machen ihnen nicht so viel Spass wie andere Investitionen. Ihre Überschuldung und auch die von der Regulierung angewandte Risikogewichtung machen «langweilige», aber sinnvolle Kredite unattraktiv."*
**RoE = Return on Equity = Eigenkapitalrendite*

8. **Harald Schumann – Der Westen hat Kredit verspielt**
Die Schwellenländer setzen auf ihren eigenen Währungsfonds. Das ist das Ergebnis amerikanisch-europäischen Hochmuts – Staaten wie China oder Brasilien wollen einfach nicht mehr, dass immer nur Washington bestimmt.
Wer sich für unangreifbar hält, dem gerät auch eine gut gemeinte Geste schnell daneben. Das demonstrierte kürzlich Christine Lagarde, die Chefin des Internationalen

Währungsfonds (IWF). Die Regierungen der Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, kurz Brics genannt, hatten bei ihrem Gipfeltreffen im Juli im brasilianischen Fortaleza die Gründung eines Währungsfonds und einer Entwicklungsbank unter ihrer Regie beschlossen.
Erstmals erwächst damit den von Europäern und Amerikanern gelenkten Institutionen IWF und Weltbank Konkurrenz. Und genauso ist es auch gemeint. Die alten Weltenlenker des Westens sind ausdrücklich nicht zur Teilhabe eingeladen.
Quelle: Tagesspiegel

9. **Argentinien verklagt USA vor Internationalem Gerichtshof**
Nächste Runde im Schuldenstreit um zwei US-Hedgefonds: Die Regierung in Buenos Aires reicht Klage gegen die USA beim höchsten UN-Gericht ein.
   - Argentinien klagt beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen die USA. Damit könnte der Schuldenstreit über die Auszahlung von zwei US-Hedgefonds eskalieren.
   - Die Zustimmung der USA steht noch aus – das Gericht braucht diese, um tätig werden zu können.
   - Der zuständige US-Bundesrichter hat eine weitere Anhörung in dem Fall angesetzt.

   Quelle: SZ

10. **Schäuble fällt auf falsche Riester-Bilanz herein**
Das Bundesfinanzministerium hat sich auf falsche Zahlen bei der Riester-Rente verlassen. Der Grund ist eine fehlerhafte Kalkulation zur Rendite bei der staatlich geförderten Rentenversicherung. Nach Prüfung von Handelsblatt Online stellte sich heraus, dass die tatsächlichen jährlichen Erträge des Altersvorsorgeprodukts nach Kosten deutlich unter den 3,6 Prozent und mehr liegen, die im Dokument offiziell genannt werden. Sparer erhalten dadurch Tausende Euro weniger, als sie nach den offiziellen Zahlen erwarten sollten.
Auf den Fehler angesprochen haben das Finanzministerium und das Berliner Institut für Transparenz (ITA), das die Zahlen im Auftrag von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble berechnet hat, ihre Studie gestern zurückgezogen. Seither werden neue Zahlen präsentiert…
Mittlerweile hat das Institut Handelsblatt Online die richtigen Zahlen nachgeliefert. Nachrechnen zeigt: Die Unterschiede in den Renditen nach Kosten, die bis zu 1,8 Prozentpunkte ausmachen, würden sich über die Jahre auf einige tausend Euro

summieren.
Nach Erhebungen des Branchenverbands der Versicherer GDV ist der Bestand an dem ehemaligen Vorzeige-Produkt Riester-Lebensversicherung erstmals seit Einführung geschrumpft – und zwar um 100.000 auf noch 10,8 Millionen Verträge in 2013.
Quelle: Handelsblatt

11. **Das Acker-Imperium**
Heute ist Siegfried Hofreiter Herr über den größten Landwirtschaftskonzern Deutschlands, die KTG Agrar, ein Imperium mit 23 Standorten, 775 Mitarbeitern und mehr als 40.000 Hektar, davon rund 32.000 in Ostdeutschland und auch noch 8.000 in Litauen. Dazwischen liegen rund 30 Jahre und eine Geschichte, die eng verknüpft ist mit dem rasanten Wandel der Landwirtschaft in Ostdeutschland. Die KTG Agrar wächst und wächst: 2013 hat der Konzern seinen Umsatz um 50 Prozent gesteigert, auf 165 Millionen Euro. Ein Viertel der Flächen, die sie bewirtschaftet, ist Hofreiters Eigentum. Nun breitet sich das Unternehmen zunehmend nach Osten aus: In Rumänien und Russland ist die KTG bereits als Farmmanager aktiv. In Oranienburg schlendert Benedikt Förtig durch den Schatten der Maschinenhalle, vorbei an riesigen Mähdreschern und Traktoren, die aussehen wie eine Mischung aus Marsfahrzeug und Panzer, gewaltige Maschinen mit 500 PS. Zwar hat jeder Standort einen eigenen Maschinenpark, sagt Förtig, zusätzlich aber gibt es eine Flotte von Mähdreschern, die sich zur Erntezeit wie eine mobile Einsatzgruppe von Süden nach Norden wälzt, bis nach Rügen, wo die Maschinen nach Litauen verschifft werden. “Wir haben in der KTG-Gruppe 40 Mähdrescher, die jeweils zwischen 350.000 und 400.000 Euro kosten. Die setzen wir so ein, dass das Erntefenster maximal ausgenutzt wird.” Von Oranienburg aus werden die Aktivitäten auf allen Flächen des KTG-Imperiums gelenkt. Sämtliche Maschinen sind per Satellit und GPS mit der Zentrale verbunden. Förtig tritt auf einen Trecker hinter der Maschinenhalle zu. Über eine Leiter geht es hoch zum Führerhäuschen. Neben dem Sitz hängt ein Tablet, auf dem der Fahrer alles sehen kann. Der Trecker fährt sogar von selbst seine festgelegte Route ab, vollautomatisch. “Alles ist vernetzt”, sagt Förtig, “alles ist ein System.”
Quelle: taz

Anmerkung Orlando Pascheit: *Eine nicht uninteressante, aber zu deskriptiver Reportage, dem etwas mehr Fragen, Analyse und Schlussfolgerungen gut getan hätten.*

12. **Verbraucher wollen keine Gentechnik**
Mehr als die Hälfte der Deutschen will auf keinen Fall gentechnisch veränderte Lebensmittel kaufen – vor zehn Jahren waren es noch deutlich weniger. Von einer

Trendwende also keine Spur. Die Umfrageergebnisse sprechen gegen die Behauptung von Gentechnik-Befürwortern, wonach es einen Stimmungswandel bei dem Thema in Deutschland gebe. Sind Arten nicht nah genug miteinander verwandt, lässt sich ihr Erbgut nicht mithilfe der herkömmlichen Pflanzenzüchtung mischen. Die Gentechnik bricht diese natürliche Barriere. Viele Menschen lehnen das aus ethischen Gründen ab, andere befürchten Risiken für Mensch und Umwelt. Der Widerstand in der Bevölkerung ist der wohl wichtigste Grund, weshalb Nahrungsmittel mit Gentechpflanzen in Deutschland kaum angeboten werden. Der Umfrage zufolge ist auch die Zahl der Kunden, die sich zumindest vorstellen können, gentechnisch veränderte Lebensmittel zu kaufen, zurückgegangen.
Quelle: taz

Anmerkung Orlando Pascheit: *Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: "Die meisten Gentechpflanzen sind so manipuliert, dass sie resistent gegen Unkrautvernichtungsmittel oder bestimmte Insekten sind. So erleichtern sie den Anbau großer Monokulturen, die die Artenvielfalt reduzieren und langfristig mehr umweltschädliche Pestizide benötigen." Und es geht nicht "nur" um Bienensterben.*

13. **Die neuen Hightech-Kriege? Von der Massen- zur Cyberarmee**
Militärische Planer debattieren bereits die Notwendigkeit, auch im Weltraum und im Cyberspace Konflikte mit Waffen auszutragen. Die zumeist technologisch geführten Debatten verdecken auf fatale Weise das politische Ringen um dringend erforderliche präventive Konfliktlösungsfähigkeiten. Zwar wird stets betont, dass der Einsatz militärischer Mittel nur die „Ultima Ratio" sein kann. Die Investitionen in militärtechnische Lösungen nehmen aber stets weit mehr finanzielle Ressourcen in Anspruch als die Suche nach vorbeugender Diplomatie und frühzeitigem Handeln. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Kommt es zu einem Konfliktfall, werden die (eben zumeist militärischen) Instrumente verwendet, die vorhanden und erprobt sind…
Die Massenarmeen des 20. Jahrhunderts werden im Zuge der digitalen Revolution mehr und mehr von Hightech-Armeen abgelöst, in denen dem einzelnen Soldaten enorme technische Hilfsmittel zur Verfügung stehen. Die Integration des neuen Technologiespektrums in die modernen Streitkräfte führt zu neuen militärischen Fähigkeiten, die ein ganzes Spektrum von Militärtechnologien hervorgebracht haben: (a) zielgenau steuerbare, unbemannte Flugkörper, die über leistungsfähige Aufklärungssensorik verfügen, aber auch in Zukunft vermehrt Präzisionswaffen tragen können, (b) Präzisions- und Distanzwaffen mit unterschiedlicher Reichweite, (c) neue Waffenwirkungen (Streu- oder Aerosolbomben) und -prinzipien (Laser, Mikrowellen), (d) Flugkörperabwehr und (e) leistungsfähige Überwachungssysteme

unterschiedlicher Reichweite und Kapazität.
Die Nutzung des Weltraums für Kommunikation, Navigation und Aufklärung ist dabei eine grundlegende Bedingung für global agierende Streitkräfte.
Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik

14. **Heile Waffenwelt**
Mama, Papa, Tochter, blaue Augen, freundliches Lächeln. Auf den ersten Blick sieht das Cover des Kinderbuches aus den USA nach heiler Welt aus, Bilderbuchwelt eben. Nur was an den Gürteln der Eltern hängt, stört das friedliche Bild: Pistolen. "My Parents Open Carry", sinngemäß: meine Eltern tragen offen, heißt das Buch, das in den USA für Aufregung sorgt.
Das Buch erzählt die Geschichte der Famile Strong, zu deutsch: Stark. Sie lebt in einem mittelgroßen Haus im mittleren Westen der USA und überhaupt ist alles ganz durchschnittlich bei den Strongs. Und weil der Durchschnittsamerikaner, das behaupten zumindest die Autoren des Buches, der Meinung ist, dass Schusswaffen nun mal zum täglichen Leben gehören, erzählen sie in schlichten Zeichnungen und einfacher Sprache, warum die Strongs ihre Pistolen nicht länger verstecken wollen.
Quelle: Süddeutsche Zeitung

Anmerkung unseres Leser H.H.: *Auch wenn man es auf den ersten Blick glauben könnte, aber es ist kein Scherz!*

15. **Erster Weltkrieg: Allgemeine Kriegsbegeisterung ist eine Mär**
Intellektuelle preisen die reinigende Wirkung des Kampfes, Studenten ziehen jubelnd durch die Straßen: Zu Beginn des Ersten Weltkriegs gibt es Ausbrüche von Kriegsbegeisterung. Doch die meisten Deutschen reagieren anders auf den heraufziehenden Konflikt. Kriegseuphorie kann sich nicht jeder leisten.
Quelle: Süddeutsche Zeitung
16. **Hände schütteln verboten**
Am stärksten betroffen von der Ebola-Epidemie ist Sierra Leone: 700 Infizierte wurden dort gemeldet, 286 Menschen sind gestorben. Der Alltag im Land habe sich teils erheblich geändert, berichtet Jochen Monninger, Landesdirektor der Welthungerhilfe.
Quelle: Deutschlandradio Kultur
17. **Europawahl war Mega-Flop**
Noch am Wahlabend jubelten EU-Politiker, weil die Beteiligung an dieser Europawahl angeblich höher lag als vor fünf Jahren. Doch nun kommen die endgültigen Zahlen – sie sind enttäuschend.
Tatsächlich ist die Wahlbeteiligung nämlich von 43,0 auf 42,5 Prozent zurückgefallen. Das ist ein historisches Tief – und ein Mega-Flop, wenn man die Spitzenkandidaten-

Kampagne bedenkt.
Quelle: Lost in EUrope

dazu: **EU election turnout at record low after al**
The turnout for the European election in May fell to a record low, dealing a blow to claims by politicians – based on initial results – that a three-decade downward trend in voter participation had finally been halted.
The definitive turnout for the elections is 42.5 percent, down from 43 percent at the 2009 EU elections and down from the estimated 43.09 percent announced on 25 May, shortly after polls closed.
Quelle: EUObserver

18. **zu guter Letzt: NDR Extra 3 zum Ukraine Krieg**
Die Satire-Sendung Extra 3 traut sich ein paar notwendige Fragen zum Ukraine Krieg und MH17 zu bringen.
Quelle: Extra3 via YouTube